

KURZ NOTIERT

von Lisa Hesse

Die Autorin arbeitet für die ACT Alliance und war vorher für die Raks Thai Foundation in Bangkok und Südthailand tätig.

Konferenz zur Pressefreiheit abgesagt

Die Friedrich-Ebert-Stiftung musste eine für Ende Januar geplante Konferenz zur Pressefreiheit in Thailand auf Drängen der Militärregierung mit der Begründung absagen, dass sich Thailand nach wie vor in einer sensiblen Lage befinde. Ein weiterer Grund sei die unzureichende vorhergehende Information der Behörden über die Inhalte der Konferenz. Die Friedrich-Ebert-Stiftung veröffentlicht jedes Jahr ihren Bericht zur Pressefreiheit in Asien – bisher ohne Probleme. Mitglieder der thailändischen Journalistenverei-

nigung bedauerten die Absage der Veranstaltung, bei der es ebenfalls eine Podiumsdiskussion zum Thema Pressefreiheit in Asien gegeben hätte. Die Vereinigung war Co-Sponsor der Konferenz.

Der Vorfall reiht sich in das Vorgehen der Militärregierung seit der Machtübernahme im vergangenen Mai ein. Regimekritiker werden seither massiv unter Druck gesetzt und unter Berufung auf das Kriegsrecht, welches bis Anfang April galt, der Gefährdung der öffentlichen Sicherheit beschuldigt und mit Bezug

auf das lèse-Majesté Gesetz zu Haftstrafen verurteilt. Ende März erregte Premierminister Prayuth Chan-ocha durch seine impulsive Antwort auf die Frage eines Journalisten Aufruhr, wie zukünftig mit kritischen Journalisten umgegangen werde. Er entgegnete, dass die Regierung vielleicht einfach alle Journalisten, die nicht die Wahrheit berichteten, töten würde. Ob die formelle Aufhebung des Kriegsrechts Änderungen im Umgang mit kritischen Journalisten bringt, ist fragwürdig.

The Guardian 25.3.2015

Studenten verurteilt

Ende Februar wurden die beiden Studenten Patiwat Saraiyaem und Pornthip Munkong, zu zweieinhalb Jahren Haft verurteilt. Im Oktober 2013 hatten sie ein Theaterstück mit dem Namen ›The Wolf Bride‹ an der Thammasat Universität aufgeführt, in dem es um ein fiktives Königreich ging, und in dem die Rolle des Königs und seines Beraters dargestellt wurde. Die Studenten wurden der Majestätsbeleidigung schuldig gesprochen, allerdings erst ein Jahr später im August 2014 hierfür inhaftiert. Nach mindestens sechs

weiteren Beteiligten wird noch gefahndet, zwei von ihnen sollen aus Thailand geflüchtet sein und sich im Ausland aufhalten.

Das Theaterstück wurde anlässlich des vierzigsten Jahrestags der studentischen Demokratiebewegungen aufgeführt, die seinerzeit vom Militär zerschlagen wurde. Es hatte anfangs nur wenig Aufmerksamkeit erregt, da 2013 diverse Aktivistengruppen offensichtlich königskritische Lieder und Stücke inszenierten, um auf die Glorifizierung des Königshauses aufmerksam zu machen.

Nach der Machtübernahme des Militärs unter Offizier Prayuth im Mai 2014, wurde die Verfolgung von Kritikern des Königshauses verschärft und Festnahmen aufgrund von Artikel 112 des lèse-Majesté Gesetzes, der die Diffamierung des Königshauses unter Strafe stellt, nahmen zu. Kritiker sehen in dem lèse-Majesté Gesetz ein Werkzeug der Regierung um Oppositionelle und besonders Mitglieder der Rothemden zu unterdrücken.

BBC 23.2.2015,

The Daily Mail 23.2.2015

Regierung unterstützt Menschenrechtsprojekt

Die deutsche Regierung unterstützt die in Nordthailand ansässige Menschenrechtsorganisation *Trafcord* mit 70.000 Euro. Mitte April wurde der Scheck von Abgeordneten des Bundestages übergeben. *Trafcord* wurde 2002 gegründet und kämpft gegen den Menschenhandel im Norden Thailands und den Nachbarländern Myanmar und Laos. Die Schwerpunkte der Organisation liegen in der Verhinderung von Menschen-

handel, im Schutz der Betroffenen, in der Verurteilung von Tätern und in der Ausweitung von Partnerschaften mit anderen Interessenvertretern. Hierbei arbeitet die Organisation investigativ und versucht, Aktivitäten von Menschenhändlern aufzudecken und vor Gericht zu bringen. Ebenfalls unterstützt *Trafcord* betroffene Kindern und hilft Betroffenen gemeinsam mit Regierungsstellen bei der Verarbeitung des Erleb-

ten. Thailand wurde in einer Studie des amerikanischen Auswärtigen Amtes 2014 auf die niedrigste Stufe herabgestuft. Zu den Gründen für die Herabstufung zählten unter anderem der Menschenhandel in einigen Industriebereichen und hiermit verbunden die prekären Zustände für ArbeitsmigrantInnen in Thailand, sowie fehlendes Handeln von Regierungsseite.

Nation Multimedia 17.4.2015